



DSTGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Position

DER AUTOR

Dr. Gerd Landsberg

ist seit dem 1. Januar 1998
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Städte- und
Gemeindebundes.

Der Deutsche Städte- und
Gemeindebund vertritt die Interessen
der Kommunalen Selbstverwaltung der
Städte und Gemeinden in Deutschland
und Europa. Über seine Mitglieds-
verbände repräsentiert er rund 12500
Kommunen in Deutschland.

Mitgliedsverbände

- Bayerischer Gemeindetag
- Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz
- Gemeinde- und Städtebund
Thüringen
- Gemeindetag Baden-Württemberg
- Hessischer Städte- und
Gemeindebund
- Hessischer Städtetag
- Niedersächsischer Städte- und
Gemeindebund
- Niedersächsischer Städtetag
- Saarländischer Städte- und
Gemeindetag
- Sächsischer Städte- und
Gemeindetag
- Schleswig-Holsteinischer
Gemeindetag
- Städte- und Gemeindebund
Brandenburg
- Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen
- Städte- und Gemeindebund Sachsen-
Anhalt
- Städte- und Gemeindetag
Mecklenburg-Vorpommern
- Städtebund Schleswig-Holstein
- Städtetag Rheinland-Pfalz

STATEMENT ZUR HARTZ IV DEBATTE

Hartz IV Debatte versachlichen – Bezahlte Bürgerarbeit ausweiten

Der DSTGB mahnt eine Versachlichung der Hartz-IV Debatte an.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war richtig und hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Langzeitarbeitslosigkeit trotz der Wirtschaftskrise nur moderat gestiegen ist. Auch der Grundsatz „Fördern und Fordern“ ist ein richtiger Ansatz, der im Vollzug auch umgesetzt wird.

Bezahlte Bürgerarbeit ausweiten

Das Hauptproblem besteht darin, dass es gerade für ältere und wenig qualifizierte Erwerbslose keine Arbeitsplätze gibt. Auch die 1-Euro-Jobs, zurzeit ca. 360.000, können nicht beliebig ausgedehnt werden. Ein richtiger Ansatz wäre es allerdings, das Instrument bezahlter Bürgerarbeit weiter auszubauen und durch die Bundesagentur für Arbeit zu finanzieren. Im Unterschied zum 1-Euro-Jobber bekommt derjenige, der Bürgerarbeit leistet, einen Arbeitsvertrag für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Damit finanziert der Staat Arbeit anstatt Arbeitslosigkeit. Zielgruppen wären arbeitslose Menschen in Regionen mit extrem hoher Arbeitslosigkeit, die mittelfristig keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Hier sollte die Möglichkeit, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in gemeinnützigen Bereichen angeboten werden. Es wäre ein wichtiger Baustein, um nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit zu finanzieren. Mit diesem Instrument könnten die Fallmanager wirklich helfen.

Konsequenter Bürokratieabbau erforderlich

Notwendig ist es auch, im Bereich der Arbeitsmarktpolitik konsequent Bürokratie abzubauen, damit die Betreuung des Einzelnen verbessert werden kann. Dazu gehören die Pauschalierung der Unterkunftskosten und möglichst viel Spielraum für die Fallmanager vor Ort.

Ausbildungsoffensive starten

Vor dem Hintergrund des immensen Bedarfes an Erzieherinnen und Erziehern wäre es auch notwendig, eine Ausbildungsoffensive der Bundesagentur zu starten, die insbesondere jüngeren Erwerbslosen die Chance bietet, hier eine berufliche Perspektive zu finden. Dazu sollte auch die gezielte Qualifikation von Tagesmüttern gehören.

Reform der Jobcenter umsetzen

Das alles wird aber nur funktionieren, wenn die notwendige Reform der Jobcenter jetzt schnell auf den Weg gebracht wird. Die angekündigte Verfassungsänderung muss die Jobcenter dauerhaft absichern, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine nachhaltige Perspektive haben. Dabei sollten die Kommunen möglichst viel Spielraum erhalten, um ihre Kompetenz vor Ort bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzubringen. Wir wollen kein Bundessozialamt, sondern die dauerhafte Einbindung kommunaler Kompetenz vor Ort.

(Berlin, 8. März 2010)